

Berlin, 28. August 2005

Offener Brief

an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte
Herrn Joachim Zeller

Betr.: Projekt Brunnenstraße 33 (Jeschiwat Beth Zion)
BVV Drucksache Nr. 1921/II

Sehr geehrter Herr Zeller,

Wir haben mit Befremden zur Kenntnis nehmen müssen, dass der BVV eine Vorlage zur Beschlußfassung unter der oben angegebenen Drucksachen - Nummer für die Sitzung am 25.8.05 übergeben wurde. Wir sehen mit diesem eiligen Verfahren unsere Mitspracherechte beschnitten. Wir wurden nur unzureichend informiert. Unsere Einwendungen und Hinweise wurden ungenügend in Betracht gezogen. Wir haben der Änderung der Sanierungsziele nicht zugestimmt, sondern unsere Zustimmung an bestimmte Bedingungen geknüpft.

Wie Sie sicher wissen, hat die Betroffenenvertretung Rosenthaler Vorstadt dem Grundstück Brunnenstraße 33 mit der Synagoge im Hof während der vergangenen Jahre stets besondere Aufmerksamkeit und Interesse zuteil werden lassen. So wurden jedes Jahr dort zum Tag des offenen Denkmals Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel, Öffentlichkeit herzustellen, um den Verfall der Synagoge aufzuhalten und sie einer denkmalgerechten Nutzung zuzuführen. Der Initiative der Betroffenenvertretung und des Brunnhilde e.V. ist es zu verdanken, dass das Dach der Synagoge eine Notabdichtung erhielt und dass 2001-2002 restauratorische und denkmalpflegerischen Gutachten mit einer umfassenden Dokumentation zur Baugeschichte erarbeitet wurden, in deren Ergebnis auf die Einmaligkeit der Synagoge für die Stadtgeschichte und die Geschichte der Berliner Juden hingewiesen wurde. Nicht zuletzt wurde deutlich, dass durch die erhaltenen Emporen die Möglichkeit besteht, die einzige erhaltene Privatsynagoge Berlins auch im Innenraum wiederherzustellen.

Wir haben den Erwerb des Grundstückes durch Dr. Skoblo begrüßt, da seinerseits die Wiedergewinnung des historischen Innenraums angekündigt wurde und darüber hinaus mit seinem Nutzungskonzept jüdisches Leben hier wieder einkehren kann. Wir sind dabei immer von einer Nutzung ausgegangen, die die Öffentlichkeit einbezieht und eine Verbindung schafft zwischen Anwohnern und den jüdischen Nutzern der Brunnenstraße 33.

Am 7.2. 2005 wurde uns das Projekt in der 128. Sitzung der Steuerungsrunde durch die beauftragte Architektin vorgestellt. Wie dem Protokoll zu entnehmen ist, hat die Betroffenenvertretung bei dieser Gelegenheit bereits Probleme der Sicherheit und des Denkmalschutzes angesprochen, und darauf hingewiesen, daß eine Nutzung für die Öffentlichkeit nicht vollständig ausgeschlossen werden sollte. Die Betroffenenvertretung forderte die Vorlage eines Sicherheitskonzepts. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Wir drängten darauf, daß die denkmalpflegerischen Belange insbesondere bezüglich des Verbindungsbaus und des Hochbeets stärker berücksichtigt werden sollten. Zum damaligen Zeitpunkt waren wir selbstverständlich davon ausgegangen, daß mit der Synagoge denkmalgerecht umgegangen wird, daß denkmalpflegerische Belange nicht zugunsten anderer Interessen zurück gestellt werden. Wie wir jetzt feststellen müssen, war dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt.

Das von uns geforderte denkmalpflegerische Konzept existiert offenbar nicht, denn es wurde uns bis heute nicht zur Kenntnis gegeben. Nach unseren Einwendungen haben wir auch erwartet, daß wir über die denkmalpflegerischen Anforderungen der Denkmalbehörde informiert werden.

Alle genannten Forderungen haben wir noch einmal im Protokoll der Sitzung der Betroffenenvertretung vom 23.2.05 dargelegt.

In der Beschlußvorlage für die BVV findet sich kein Hinweis auf unsere Anregungen und Bedenken. Wir verlangen, daß die politischen Entscheidungsträger umfassend informiert werden, d.h. auch den Inhalt unserer Stellungnahmen zur Kenntnis bekommen. Wir erwarten, dass die fehlenden Konzepte unverzüglich verfaßt und vorgestellt werden:

1. Eine denkmalpflegerische Konzeption, die auf die Befunde der beiden Gutachten aus den Jahren 2001 und 2002 eingeht, insbesondere fordern wir den Erhalt der Emporen, des Hochbeetes und des Synagogenanbaus.
2. Das Sicherheitskonzept, wobei wir der Meinung sind, dass die Nutzung des Straßenraumes der Brunnenstraße in keiner Weise eingeschränkt werden darf und nach Möglichkeit Teile des Erdgeschosses öffentlich zugänglich sein sollten.

Wir begrüßen, daß mit dem Nachbarn „Weiberwirtschaft“ erreichte Einvernehmen. Jedoch halten wir eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Änderung der Sanierungsziele und zu den Auswirkungen des Projekts auf die nähere Umgebung für unabdingbar. Wir bitten das Bezirksamt eine entsprechende Veranstaltung vorzubereiten, bevor die BVV zur Änderung der Sanierungsziele beschließen soll. Wir sind gern bereit, eine Information der Bürgerinnen und Bürger nach Kräften zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Mauersberger

Rita Keil

Betroffenenvertretung Rosenthaler Vorstadt